

„Gelsenkirchen bei uns in guten Händen“

**Kommunalprogramm 2014 – 2020
der CDU Gelsenkirchen**

Beschlossen am 04. April 2014

Einleitung	S. 4
Sparsam wirtschaften – in die Zukunft investieren	S. 4
<ul style="list-style-type: none"> • Konsolidierung des städtischen Haushalts • Forderungen an Land und Bund 	
Arbeitsplätze schaffen und sichern – Arbeitslosigkeit vermeiden	S. 5
Wirtschaft fördern	S. 5
<ul style="list-style-type: none"> • Wirtschaftsstandort Gelsenkirchen • Stärken stärken • Mittelstand fördern • Wirtschaftsförderung neu aufstellen 	
Ausbildung schafft Zukunft	S. 7
<ul style="list-style-type: none"> • Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten • Soziale Vielfalt erhalten • Jedem Kind gerecht werden – individuell fördern und fordern • Leitlinien unserer Bildungspolitik 	
Stadt für alle Generationen und Kulturen – Gelsenkirchen familiengerecht gestalten	S. 9
<ul style="list-style-type: none"> • Kinder und Jugendliche sind die Zukunft • Miteinander statt nebeneinander • Senioren für unsere Stadtgesellschaft • Herausforderung Inklusion • Gesundheit • Sport und Freizeit 	
Attraktives Leben und Wohnen	S. 13
<ul style="list-style-type: none"> • Wohneigentum für junge Familien • Bedarfsgerechte Wohnquartiere mit hoher Lebensqualität • Aktive Flächenvorratspolitik 	
Mobilität in der modernen Stadtgesellschaft	S. 14
Lebensqualität ausbauen / Umwelt sichern	S. 15
Verwaltung muss für die Bürger da sein	S. 16
Kulturvielfalt erhalten und fördern	S. 17
<ul style="list-style-type: none"> • Institutionelle Kultur als Basis • Vielfalt durch freie Kultur • Kunst im öffentlichen Raum 	

- **Neuer Kultur- und Veranstaltungsraum für Buer**

Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit In Gelsenkirchen S. 18

- **Sicherheitsrat und Sicherheitskonferenz**
- **Sauberkeit**
- **Polizei / Kommunalen Ordnungsdienst**
- **Zentrale Hotline/Mobile und stationäre Wachen**
- **Höchste Priorität auf Prävention**

EINLEITUNG

Die Stadt Gelsenkirchen ist in besonderer Weise vom Strukturwandel im Ruhrgebiet betroffen. Dies zeigt sich insbesondere bei der Arbeitslosenquote in Höhe von mehr als 15 Prozent. Dies ist im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland, zu NRW und auch zu den anderen Ruhrgebietsstädten leider ein unrühmlicher Rekord. Daraus ergeben sich weitere Belastungen, wie zum Beispiel eine sehr hohe Quote von Hartz IV Empfängern (20 Prozent der Einwohner leben von Transferleistungen). Somit muss die wirtschaftliche Situation in unserer Stadt dringend verbessert werden!

Auch im Bildungsbereich weist die Stadt deutliche Mängel auf. Fast doppelt so viele Schülerinnen und Schüler wie im NRW-Durchschnitt haben 2012 ihre Schule ohne Abschluss verlassen. Eine vergleichsweise geringe Quote von lediglich 34,6 % hat das Abitur in Gelsenkirchen erworben.

Zudem ist unsere Stadt auch in finanzieller Hinsicht arg gebeutelt. Trotz der Einschränkungen, denen die sogenannten Stärkungspaktkommunen unterliegen, halten wir wichtige Investitionen in die Infrastruktur für unbedingt notwendig und auch für möglich.

Sparsam wirtschaften – in die Zukunft investieren

In Gelsenkirchen ist die Abhängigkeit von wenigen Gewerbesteuerzahlern besonders groß. Zehn Steuerzahler tragen zu 40% des Steueraufkommens bei. Dies macht die Lage extrem schwierig. Eine Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes würde nur zu geringen Mehreinnahmen führen, und würde sich zudem negativ auf die Ansiedlung neuer Betriebe auswirken.

Wir setzen daher in erster Linie auf Maßnahmen, die unserer Stadt die finanzielle Handlungsfähigkeit ermöglichen. Dabei ist Gelsenkirchen neben den eigenen Konsolidierungsbemühungen auf Unterstützung von Bund und Land angewiesen.

Konsolidierung des städtischen Haushalts

Nur durch effiziente Haushaltsführung mit dezentraler Ressourcenverantwortung, Budgetierung und Controlling werden wir unsere Ausgaben im Griff halten können. Begleitet werden muss der Ausbau dieser Systeme von einer kritischen Aufgabenüberprüfung im Hinblick auf die demographische und gesellschaftliche Entwicklung der Stadt.

Leistungsstandards in Bereichen der Verwaltung ohne unmittelbare Auswirkungen auf die Menschen müssen geprüft werden. Investive Maßnahmen haben für uns Vorrang vor konsumtiven Ausgaben.

Forderungen an Land und Bund

Der durch den Strukturwandel erhöhte Finanzbedarf der Stadt muss anerkannt werden und die Schlüsselzuweisungen müssen erhöht werden. Die zugewiesenen Mittel dürfen keiner Zweckbindung unterliegen – die Menschen in unserer Stadt wissen am ehesten, wo das Geld eingesetzt werden muss. Aufgabenverlagerungen auf die Stadt durch Land und Bund dürfen weder unmittelbar noch mittelbar zu Lasten des kommunalen Haushaltes gehen (Konnexitätsprinzip).

Wir benötigen zudem eine Neuordnung des horizontalen und vertikalen Finanzausgleichs, orientiert am Kriterium der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Kommunen und nicht an Himmelsrichtungen. Durch eine stärkere interkommunale Zusammenarbeit können zudem die Kommunen entlastet werden.

Mit der stufenweise vollständigen Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter hat der Bund die Weichen in die richtige Richtung gestellt. So beträgt die Entlastung in der Endstufe über 20 Mio. € im Jahr. Die im Zusammenhang mit dem Koalitionsvertrag für die Wahlperiode 2013 bis 2017 durch die Koalitionspartner gegebene Zusage die Kosten der Eingliederungshilfe von Menschen mit Behinderungen zu übernehmen, wird auch Gelsenkirchen entlasten. Deshalb ist die Zusage baldmöglichst umzusetzen, um auch in diesem Bereich eine Entlastung in mindestens dieser Größenordnung zu erreichen.

Wir erwarten vom Land, dass die ab 2020 einzuhaltende Schuldenbremse nicht zu Lasten der Stadt geht. Entlastungen des Bundes dürfen nicht durch das Land konterkariert werden. Jeder geliehene Euro muss von den kommenden Generationen zurückgezahlt werden. Daher müssen alle finanziellen Belange einer Kommune zukünftig auch immer unter dem Gesichtspunkt der Generationengerechtigkeit beleuchtet werden. Nachhaltigkeit muss dabei fester Bestandteil der Entscheidungsprozesse sein.

Arbeitsplätze schaffen & sichern - Arbeitslosigkeit vermeiden

Zentrales Ziel der CDU-Politik für Gelsenkirchen ist es, Arbeitsplätze zu sichern und zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Deshalb ist es wichtig, dass bei allen politischen Entscheidungen vor Ort der Schaffung und dem Erhalt von Arbeitsplätzen besondere Bedeutung eingeräumt wird.

Die Entscheidung, ob Arbeitsplätze entstehen oder wegfallen, fällt die Stadtpolitik nicht unmittelbar. Eine offensive Struktur- und Wirtschaftsförderungspolitik sowie zielgerichtete Initiativen können Beiträge dazu leisten, dass Arbeitsplätze entstehen. Die betroffenen Menschen müssen aktiviert werden, Arbeitslosigkeit darf sich nicht zu Langzeitarbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit entwickeln. Ziel unserer Politik ist, dass Menschen ein selbstverantwortliches und erfülltes Leben führen können.

Wirtschaft fördern

Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen werden vor allem auf der bundespolitischen Ebene gestaltet. Dennoch ist es wichtig, die lokalen Handlungsmöglichkeiten offensiv zu nutzen. Veralterte Bebauungspläne und Einzelhandelskonzepte dürfen nicht die Ansiedlung von neuen Betrieben verhindern. Sie müssen zeitnah überprüft und ggf. angepasst werden. Dazu gehören gute örtliche Bedingungen für Allgemein-, Aus- und Weiterbildung, eine fördernde Ansiedlungspolitik für Unternehmen und eine kommunal gesteuerte regionale Infrastruktur- und Wirtschaftsförderungspolitik, auch auf Ruhrgebietsebene.

Arbeitsplätze entstehen vor allem dort, wo die lokalen und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sich sinnvoll ergänzen. Daher sind die städtische Standort- und Infrastrukturpolitik entsprechend abzustimmen.

Wirtschaftsstandort Gelsenkirchen

Gelsenkirchen muss sich als starker Standort im Ruhrgebiet präsentieren. Wir müssen Förderprogramme der EU, des Bundes und des Landes nutzen, um die Infrastruktur Gelsenkirchens den Anforderungen an eine moderne Industriegesellschaft anzupassen und überfällige Investitionen tätigen zu können. Eine engere Zusammenarbeit mit der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen im Rahmen eines

Gründerzentrums soll der Anfang einer Kultur für Unternehmensgründer in Gelsenkirchen sein, die wir dringend benötigen.

Die Wirtschaftsförderung muss sich gezielt um die bereits in GE ansässigen Unternehmen kümmern. Im ganzen Ruhrgebiet sind verstärkte Anstrengungen für die Ansiedlung von neuen Unternehmen erforderlich. Bei erfolgreichen Neuansiedlungen hat die hiesige Wirtschaftsförderung eine Lotsenfunktion bei Behördengängen zu übernehmen.

Stärken stärken

Gelsenkirchen verfügt über Flächen für die Ansiedlung von Industrie- und Dienstleistungsunternehmen sowie eine renommierte Fachhochschule. Der Austausch zur Wirtschaft ist zu verbessern. Bei der Ansiedlung neuer Unternehmen muss schwerpunktmäßig auf bestehende Kompetenzen in den Bereichen Chemie, Zukunftsenergien, Gesundheitswirtschaft, Industrieservice, Logistik und Freizeitwirtschaft gesetzt werden.

Mittelstand fördern – Krise als Chance nutzen

Für uns steht die Förderung des unternehmerischen Mittelstandes weit oben auf der Tagesordnung. Zur Schaffung dringend benötigter Arbeitsplätze brauchen wir einen leistungsstarken Mittelstand, denn mittelständische Betriebe stellen schon heute den überwiegenden Anteil an Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Die Infrastruktur Gelsenkirchens muss den Anforderungen einer modernen Dienstleistungs- und Industriegesellschaft angepasst und überfällige Investitionen getätigt werden. Dazu müssen verstärkt Förderprogramme der EU, des Bundes oder Landes genutzt werden.

Wirtschaftsförderung neu aufstellen

Viele Köche verderben den Brei. Das Nebeneinander unterschiedlicher Institutionen, die sich mit Aufgaben der Wirtschaftsförderung befassen, schafft unnötige Reibungsverluste und muss überwunden werden. Wir streben eine stärkere Vernetzung der verschiedenen Akteure (z.B. Kammern, Fachhochschule, Wissenschaftspark) an.

Insbesondere die Fachhochschule muss stärker als bisher in die Aktivitäten der Wirtschaftsförderung eingebunden werden, um qualifizierte junge Menschen zu motivieren in Gelsenkirchen neue und attraktive Arbeitsplätze schaffen.

Wir benötigen zudem eine mittelstandsfreundliche Verwaltung und eine stärkere Serviceorientierung der kommunalen Wirtschaftsförderung. Ziel ist die One-Stop-Agency mit einem kompetenten Ansprechpartner für Unternehmen.

Um unsere Stadt weiter zu stärken, wollen wir

- eine offensive Vermarktung von Gewerbegrundstücken, um sowohl für Betriebsverlagerungen als auch für Neugründungen eine erste Adresse zu werden.
- eine Angleichung von Gewerbe- und Grundsteuerhebesätzen im Ruhrgebiet verhindern.
- die Entwicklung des ehemaligen Kinderklinikgeländes zügig fortsetzen, um auch in Gelsenkirchen ein ansprechendes und qualitativ hochwertiges Wohnen ausbauen zu können
- den voll erschlossenen Gewerbepark Schalke-Nord einer adäquaten Nutzung zuführen.

- eine Ansiedlung großflächigen Möbelhandels, z. B. IKEA muss auch in Gelsenkirchen möglich sein. Aus diesem Grund ist auch die sog. Gelsenkirchener Liste, in der das innenstadtrelevante Warensortiment aufgelistet ist, auf ihre Aktualität hin zu überprüfen.
- das vorliegende Einzelhandelsgutachten ist fortzuschreiben, damit u. a. neue Wohngebiete wie z. B. das ehemalige Zechengelände Graf Bismarck, der ehemalige Güterbahnhof Schalke-Süd und das neue Wohnquartier „Wohnen am Bachlauf“ in ihm Berücksichtigung finden.
- das Image der Stadt als Einkaufsstadt verbessern. Die Schaffung neuer Einzelhandelsflächen in unmittelbarer Nähe des Hauptbahnhofes könnte hierzu einen Beitrag leisten. Auch ein Einkaufszentrum mit unmittelbarer Anbindung an die Innenstadt wäre - analog anderer Städte - eine Belebung und muss in Betracht gezogen werden.
- die innerstädtische Anbindung und vor allem die emotionale Anbindung der Westfälischen Hochschule zur Stärkung des Hochschulstandortes GE weiter ausbauen, damit unsere Stadt stärker als bisher von jungen Menschen profitieren kann.
- Gelsenkirchen im Städtetourismus besser positionieren. Hierzu soll mit der RTG (Ruhrtourismus GmbH) und der Stadtmarketinggesellschaft eine Optimierung der Zusammenarbeit eingeleitet werden.
- Dazu gehören Projekte im so genannten dritten Arbeitsmarkt sowie die Idee des „Gelsenkirchener Appells“ mit dem wir das Ziel verbinden, 1000 zusätzliche, sinnstiftende und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose zu schaffen.

Ausbildung schafft Zukunft

Die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Gelsenkirchener Wirtschaft und der lokalen Unternehmen hängen in hohem Maße von gut ausgebildeten Fachkräften ab. Wir sagen sehr deutlich: Junge Menschen sollen im Verlauf ihrer Ausbildung erfahren, dass eine gute fachliche und persönliche Eignung beim Start ins Berufsleben nutzt und vielfältige Perspektiven eröffnet. Wir legen Wert auf eine Politik die hilft, die Ausbildungsreife aller Jugendlichen zu verbessern.

Wir haben den Übergang von der Schule in das Berufsleben zum Thema der Lokalpolitik gemacht. Wir wollen das so genannte „Übergangsmanagement“ zwischen Schule und Beruf optimieren. Projekte und Angebote außerschulischen Lernens (z.B. „be prepared“) helfen, die Zukunftschancen von Jugendlichen zu verbessern, was wir weiter stärken wollen.

Die CDU sieht die Gelsenkirchener Wirtschaft, die lokalen Unternehmen, die Stadtverwaltung und die kommunalen Eigenbetriebe gefordert, ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Jugendlichen eine faire Chance auf eine berufliche Ausbildung im dualen System zu geben. Die Berufskollegs sind daher entsprechend auszustatten, die Akzeptanz der dort erworbenen Abschlüsse muss erhöht werden. Im Rahmen der neuen Koordinierungsstelle sehen wir auch das Potential, jedem jungen Auszubildenden einen Abschluss auch dann zu ermöglichen, wenn ein Betrieb in wirtschaftlich schwierige Lage gerät.

Wir legen großen Wert auf differenzierte Beratungsangebote aller Akteure zur Berufswahl jugendlicher Schulabgänger. Mit einer Berufsausbildung wird jungen Menschen eine wichtige Zukunftsperspektive gegeben. Darüber hinaus ist Ausbildung der beste Schutz vor einem Fachkräftemangel in der Zukunft.

Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten

Eigenverantwortung und die Aktivierung persönlicher Hilfpotentiale sind Ziel und Aufgabe einer modernen kommunalen Sozialpolitik. Gleichzeitig soll kommunales Handeln Menschen in ihren unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten fördern und fordern.

Soziale Vielfalt erhalten

Die demografische Entwicklung unserer Stadtgesellschaft schafft immer neue und zusätzliche Herausforderungen. Wir wollen, dass sich die Stadtpolitik dieser zentralen Zukunftsaufgaben stellt und Wege gestaltet, die helfen, die soziale Vielfalt in der Stadtgesellschaft und in den Stadtteilen zu erhalten.

Wir stehen für Trägervielfalt und damit für die Chance im Bedarfsfall tatsächlich auswählen zu können, welchem Träger einer sozialen Leistung man vertraut.

Wir haben dafür Sorge getragen, dass Bundesmittel (z.B. Mittel des so genannten Bildungs- und Teilhabepaketes) da ankommen und eingesetzt werden, wo sie auch tatsächlich wirksam werden konnten.

Wir brauchen eine innovative und flexible lokale Sozialpolitik, die sich ständig weiterentwickelt, um bedarfsgerecht und präventiv aufgestellt zu sein.

- Darum treten wir auch weiterhin für Trägervielfalt ein.
- Wir wollen mutige, realistische und sensible Schritte bei der Umsetzung der UN-Konvention zur Inklusion gehen und insgesamt die Teilhabe- und Teilnahmechancen von Menschen mit Behinderung in der Stadtgesellschaft verbessern.
- Wir wollen den Kampf gegen den Drogen- und Alkoholmissbrauch und seine sozialen Folgewirkungen konsequent fortsetzen.
- Wir wollen die vorhandenen sozialen Beratungsangebote in der Stadt und die Verbraucherberatung stärken und weiter sichern.
- Wir werden uns als Stadtpolitik für die angekündigte vollständige Übernahme der Kosten der Grundsicherung durch den Bund einsetzen.
- Die angekündigte höhere Bundesbeteiligung bei den SGB-II-Kosten und die vorgesehen Übernahme der Kosten der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung muss vollständig bei der Kommune ankommen.
- Wir setzen uns dafür ein, mehr betriebliche Angebote zu schaffen, um Eltern und Alleinerziehende bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unterstützen.

Jedem Kind gerecht werden – individuell fördern und fordern

Die wichtigste Quelle für eine zukunftsfähige Stadtgesellschaft bleibt die Investition in die Bildung unserer Kinder.

Wir stehen zum nordrhein-westfälischen Schul-Konsens. Es zählt der „Inhalt“ einer Schule, nicht das „Türschild“! Wir haben daher der Gründung der Sekundarschule in Hassel zugestimmt und setzen uns aktiv für die Stärkung aller bestehenden Schulformen in Gelsenkirchen ein.

Die Elternbefragung aus 2012 weist aus, dass sich fast zwei Drittel der Eltern das Abitur für ihre Kinder wünschen. Die Anmeldezahlen belegen jedoch, sie wissen zwischen Wunsch und Wirklichkeit zu unterscheiden, ohne aber ihr Ziel – Abitur für das Kind – aus dem Auge zu verlieren. Die Eltern halten durch die Wahl der Schule

ihren Kindern alle Optionen offen, um ihrem Kind nach Abschluss der Sekundarstufe I den Übergang in die Sekundarstufe II zu ermöglichen. Diese Übergangschancen wollen wir auch weiterhin ermöglichen. Deshalb ist es uns wichtig, weiterhin die gute Bildungsarbeit der Gelsenkirchener Realschulen zu unterstützen.

In Gelsenkirchen erreichen ca. 40 Prozent aller Schulabgänger einen Hauptschulabschluss. Ziel der örtlichen Schulpolitik muss sein, die Quoten zu Gunsten höherer Schulabschlüsse zu steigern.

Wir setzen uns zudem dafür ein, dass mehr Lehrkräfte bereitgestellt werden. Vor allem in internationalen Förderklassen mit einem hohen Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund sind zu wenige Lehrkräfte vorhanden.

Leitlinien unserer Bildungspolitik:

- Erhalt eines vielfältigen Schulangebotes mit Hauptschulen, Realschulen, Sekundarschulen, Gesamtschulen und Gymnasien
- Bestandsgarantie für alle funktionierenden Schulen
- Kurze Wege – kurze Wege; für ein wohnortnahes Schulangebot.
- Schülerinnen, Schüler stehen im Mittelpunkt unserer Bildungspolitik – nicht Strukturen
- Spürbare Reduzierung der Schulabgänger ohne Abschluss
- Verkleinerung der Schulklassen
- Ausbau des bedarfsgerechten offenen Ganztagsangebotes
- Inklusion in allen Schulformen. Hier müssen, bei Mitwirkung des Landes, die notwendigen personellen und sachlichen Voraussetzungen geschaffen werden
- Weiterer Ausbau von Schulwegsicherungsmaßnahmen
- Notorischen Schulverweigerern Wege zum Schulbesuch aufzeigen
- Entlastung der Schulleitungen und Lehrer von Verwaltungstätigkeiten durch Schulverwaltungsassistenten
- Alle Schulen sind mit den nötigen personellen, räumlichen und sachlichen Ressourcen so auszustatten, damit ein geordneter Schulbetrieb gewährleistet ist.

Stadt für alle Generationen und Kulturen - Gelsenkirchen familiengerecht gestalten

Wir setzen auf den Erhalt und die weitere Entwicklung vielfältiger Lern- und Erfahrungsprojekte, die Kinder und Jugendliche stärken, sie dabei begleiten und unterstützen ihre individuellen Potentiale zu entdecken.

Kinder und Jugendliche sind die Chance unserer Stadtgesellschaft. Sie haben ein Recht darauf, ernst genommen zu werden, Orientierung zu erfahren und ihre spezifischen Anliegen und Sichtweisen in die Stadtpolitik einzubringen.

Unsere Politik zielt darauf ab, Gelsenkirchen als sicheren, fördernden, altersgerechten und lebendigen Lebens-, Lern- und Freizeitort für Kinder und Jugendliche zu gestalten und ein entsprechendes bedarfsgerechtes, wohnortnahes Angebot zu sichern.

Wir wollen ein tragervielfältiges Angebot im Bereich der Kindertageseinrichtungen und Familienzentren. Dazu gehört vor allem ein ausgewogenes Verhältnis von Kindern und Erzieherinnen und Erziehern, das den Bedürfnissen und Fähigkeiten der Kinder gerecht wird.

Und wir wollen das Angebot an Jugendfreizeiteinrichtungen flächendeckend, bedarfsgerecht, innovativ in den Konzeptionen sichern und ermöglichen.

Wir dürfen auch die politische Bildung und Mitbestimmung von jungen Menschen in Gelsenkirchen nicht vernachlässigen. Mit der Einrichtung eines Jugendparlamentes analog anderer Ruhrgebietskommunen, das bei betreffenden Fragen angehört wird und als Ansprechpartner für Kinder und Jugendliche fungiert, wollen wir mehr Beteiligung schaffen. Ein Kinder- und Jugendparlament ist auch ein Beitrag zur Demokratiebildung.

Kinder und Jugendliche sind die Zukunft

Unser Ziel ist eine familien-, behinderten-, jugend- und seniorengerechte Stadtgestaltung und Infrastruktur. Wir werden auch zukünftig eine Politik gestalten, die die Übernahme von Elternverantwortung unterstützt:

- Wir wollen Angebote der Familienbildung und die Idee der „Elternschule“ weiterentwickeln.
- Wir wollen in den Stadtteilen eine familiengerechtere Wohnumfeldverbesserung und mehr Möglichkeiten für Familien Wohneigentum zu bilden.
- Wir wollen ein bedarfsgerechtes Angebot an Kinderbetreuung, Schulen, Spielplätzen und Jugendeinrichtungen erhalten und Familien eine gute und verlässliche städtische Infrastruktur bieten.

Für uns ist die Sicherstellung des u3- und ü3-Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz, der Erhalt der Trägervielfalt im Kita-Bereich und bei den Jugendfreizeiteinrichtungen von besonderer Bedeutung.

- Wir wollen das Netz und Angebot der Gelsenkirchener Familienzentren weiter ausbauen. Wir wollen zusätzliche Projekte zur Elternförderung und im präventiven und intervenierenden Kinderschutz etablieren.
- Wir machen uns stark für bessere Wiedereinstiegsmöglichkeiten für Eltern nach der Erziehungszeit sowie für Teilzeitangebote, auch für Eltern in Führungspositionen.
- Wir bekennen uns zur grundlegenden Elternverantwortung und wissen, dass die allermeisten Familien in Gelsenkirchen ihren familialen Weg in Freiheit und Verantwortung gehen wollen und gehen können. Die Stadt muss eingreifen und initiativ werden, wenn das Kindeswohl gefährdet ist.

Miteinander statt nebeneinander

Die CDU betrachtet die Tatsache, dass in Gelsenkirchen Menschen verschiedenster religiöser und geografischer Wurzeln leben und arbeiten, als Reichtum und gleichzeitig als Herausforderung.

Wir treten ein für ein Miteinander in der Stadt, das geprägt ist von gegenseitiger Wertschätzung und Respekt, Offenheit und Toleranz. Wir erwarten, dass alle Menschen die in unserer Stadt leben, die Gesetze einhalten.

Wir verstehen Sprache als zentrales Medium der Integration und regen Projekte an, die den Erwerb von Deutschkenntnissen fördern.

Wir unterstützen das gesamtstädtische Ziel gelingender Integration. Dazu soll eine Integrationsvereinbarung zwischen den relevanten Akteuren der Stadtpolitik, des Integrationsrates, der Kirchen und der Verbände/Dachorganisationen der Migrantenselbstorganisationen auf den Weg gebracht und umgesetzt werden.

Gelsenkirchen braucht neue, zusätzliche und verbindliche Absprachen sowie konkrete Vereinbarungen zu Maßnahmen und Projekten auf dem Weg zur „Miteinander-Stadt“.

Senioren für unsere Stadtgesellschaft

Ziel unserer Politik ist es, eine möglichst hohe Lebensqualität für Senioren in der Stadt zu erreichen.

Der demografische Wandel unserer Stadtgesellschaft und die daraus resultierende Nachfrage nach selbstbestimmten Wohn- und Lebensformen für ältere Menschen – auch bei Hilfe- und Pflegebedarf – werden in Zukunft neue Anforderungen an die Stadtpolitik und das Leben und Wohnen im Alter stellen. Angesichts dieser zu erwartenden Veränderungen braucht es innovative Ideen für neue Wohnformen. Wir messen einer seniorengerechten Quartiersentwicklung einen hohen Stellenwert zu.

Viele Seniorinnen und Senioren mit Lebenserfahrung, Kompetenz und Tatkraft wollen die Gegenwart und Zukunft unserer Stadt mitgestalten. Wir wollen diese Qualitäten der älteren Menschen für die Stadtgesellschaft stärker nutzen.

- Wir wollen bedarfsgerechte Wohnangebote für Senioren sichern und ausbauen.
- Wir wollen Seniorenaktivitäten in der Stadt weiter vernetzen und ein bedarfsgerechtes Angebot an Beratungsstellen sicherstellen.
- Wir wollen gesellschaftliche Teilhabe- und Teilnahmechancen für Senioren schaffen, ermöglichen und verbessern.
- Wir wollen, nicht nur im Interesse der Senioren, konsequent am Ziel der „barrierefreien Stadt“ festhalten.
- Wir wollen auch weiterhin Projekte der Seniorenselbstorganisationen ermöglichen und fördern.
- Wir wollen ein bedarfsgerechtes und hochwertiges medizinisches Versorgungsangebot sichergestellt wissen und sehen die Verwaltung auch zukünftig in der Verantwortung, Wohnangebote in kommunalen Senioren- und Pflegeheimen (auch für Demenz kranke Menschen) als Teil eines tragervielfältigen Gesamtangebotes anzubieten.

Herausforderung Inklusion

Eine inklusive Stadtgesellschaft fängt immer auch „bei uns an“, - in der Familie und Nachbarschaft, in der Schule und am Arbeitsplatz, im „öffentlichen Raum“ und beim Besuch einer Freizeiteinrichtung. Sie muss sich überall gründen auf Sensibilität, Information, auf gemeinschaftliches und individuelles Wollen sowie dem Respekt vor persönlichen Grenzen und faktischer Unmöglichkeiten.

Die Herausforderung eine inklusive Stadtgesellschaft zu entwickeln und zu gestalten, wird die Kommunalpolitik in den kommenden Jahren ganz entscheidend begleiten und vor weitere Herausforderungen stellen. Das Ziel einer inklusiven Gesellschaft, wie es die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung vorgibt, ist höchst ambitioniert sowie richtig und notwendig.

Gelsenkirchen braucht einen „Masterplan Inklusion“ als Fahrplan für die Umsetzung vor Ort. Wir wollen einen öffentlichen und politischen Diskurs über die Vorhaben, Möglichkeiten und Grenzen einer inklusiven Stadtgesellschaft. Daran sind selbstverständlich die Selbstorganisationen der Menschen mit Behinderung zu beteiligen.

Gesundheit

Gesundheit ist ein hohes Lebensgut und wir wollen in der Gesundheitsversorgung eine sehr hohe Qualität sicherstellen. Die Chancen, gesund zu bleiben oder zu werden, müssen für jede Bürgerin und jeden Bürger unserer Stadt gleich sein. Die Sicherung einer wohnortnahen Versorgung im Krankenhausbereich und der Erhalt der Vielfalt an Fachabteilungen im Stadtgebiet ist unser oberstes Ziel. Ergänzt werden muss die bestehende Infrastruktur durch einen am Fortschritt orientierten Ausbau der medizinisch-technischen Möglichkeiten zur Diagnose und Therapie. Daher unterstützen wir die Krankenhäuser unserer Stadt bei ihrem Streben nach überregionalen Kompetenzen in verschiedenen medizinischen Fachbereichen. Auch die ambulante fachärztliche Versorgung muss für jede Bürgerin und jeden Bürger weiterhin sichergestellt sein. Einer Verschlechterung der Versorgungslage durch altersbedingtes Ausscheiden vieler Fachärzte, insbesondere der Kinderärzte, ist rechtzeitig entgegenzuwirken. Wir wollen die medizinische Versorgungssituation für Kinder und Jugendliche im Stadtgebiet durch ein vielfältiges Angebot von qualifizierten Medizinerinnen erhalten und Anreize zur Niederlassung von Ärzten durch geeignete Werbekampagnen schaffen.

Senioren- und Pflegeheime sollen noch stärker auf die Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner ausgerichtet werden. Dringend notwendig ist dabei die Einrichtung von sogenannten Heimärzten, um die ärztliche Versorgung von Pflegebedürftigen in der Einrichtung sicherzustellen. Dies kann durch Kooperationsverträge mit dafür geeigneten vertragsärztlichen Leistungserbringern oder bei entsprechendem Versorgungsbedarf durch Anstellung einer Heimärztin/eines Heimarztes erfolgen.

Hilfsangebote für körperlich und psychisch missbrauchte Frauen müssen stärker unterstützt werden. Insbesondere die Einrichtung des Frauenhauses bedarf einer finanziell gesicherten Grundlage.

Bereits im Kindes- und Jugendalter sind auch präventive Gesundheitsmaßnahmen von großer Bedeutung. Wir setzen uns dafür ein, dass die Gesundheitsaufklärung an Gelsenkirchener Schulen weiter ausgebaut und insbesondere Präventivmaßnahmen, auch gegen psychische Erkrankungen im Kindes- und Jugendalter, getroffen werden.

Wir erwarten, dass mehr Schulpsychologen installiert werden, um den steigenden Zahlen psychischer Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen vorzubeugen und vor allem rechtzeitig zu diagnostizieren und zu behandeln.

Der Bereich der Suchtprävention und –Behandlung ist weiter zu stärken. Wir setzen uns für ein Konzept ein, die Behandlung von Patienten mit Substituten, vor allem mit Methadon bei Heroinabhängigkeit, zu verbessern und gegebenenfalls zu zentralisieren.

Sport

Der Sport spielt in Gelsenkirchen eine bedeutende Rolle, nicht nur zur Gesundheitsvorsorge. Speziell für Heranwachsende können sich das Vereinsleben und die pädagogische Funktion positiv auswirken. Deshalb halten wir die Weiterentwicklung des Sportförderplans und Umsetzung des Masterplans für sehr wichtig. Wir begrüßen daher die Sportentwicklungsplanung. Eine zügige Umsetzung

ist hier jedoch unabdingbar, um die Defizite der Vergangenheit in Gelsenkirchen zu beseitigen. Insbesondere Vereinssport funktioniert nicht ohne ehrenamtlich Tätige. Deshalb halten wir die Ehrenamtsunterstützung in den Vereinen für besonders wichtig. Neben der Förderung der Kinder einkommensschwacher Familien streben wir eine verstärkte Zusammenarbeit von Schulen und Sportvereinen sowie eine Optimierung der Leistungssportförderung an. Bei der Umsetzung der sportpolitischen Vorgaben und der zukünftige Sportförderung muss auf einer transparenten Basis die Interessen von Vereinen und städtischer Infrastruktur anstatt parteipolitischer Präferenzen in den Mittelpunkt rücken.

Freizeit

Wir setzen uns dafür ein, das Angebot von Freizeitanlagen und –aktivitäten in unserer Stadt zu erweitern. Da Gelsenkirchen als Fußballstadt eine große Fangemeinde und viele Interessierte hat, sollen sportliche Events, wie beispielsweise „Public Viewing“ zu Fußballwelt- und Europameisterschaften, regelmäßig stattfinden. Auch belebte Stadt- und Stadtteilzentren gehören zu einem harmonischen Gesamtangebot. Städtebauliche Maßnahmen müssen ausgeschöpft werden, um eine angenehme Umgebung zu schaffen und Gastronomie und Handel zu unterstützen. Hier gibt es neben bereits umgesetzten Projekten weiteren Handlungsbedarf.

Darüber hinaus wollen wir,

- die Sanierung der Tribüne mit Innenräumen der Glück-Auf-Kampfbahn.
- eine Modernisierung des Zentralbades.
- eine Verbesserung der Angebote mit Trendsportanlagen.
- eine bedarfsgerechte Gestaltung ungenutzte Sportflächen.

Attraktives Leben und Wohnen

In Gelsenkirchen lässt es sich attraktiv und günstig wohnen. Das Angebot im Bereich der Mietwohnungen ist in großen Teilen sozialverträglich ausgestaltet. Stadtquartiere, die eine erhöhte Leerstandsquote aufweisen, bedürfen einer Neugestaltung. Dies kann durch Investitionen im öffentlichen Raum, durch Gebäudemodernisierung oder auch Rückbau geschehen. Ein geeignetes Instrument zur Umsetzung ist die Stadtentwicklungsgesellschaft, die sich über einen revolvingenden Bodenfonds finanziert (Modellprojekt Bochumer Straße).

Wohneigentum für junge Familien

Wir wollen insbesondere jungen Familien den Erwerb von attraktivem und günstigem Wohneigentum ermöglichen. Nur so kann eine weitere Stadtfucht und Abwanderungen in Nachbarstädte verhindert werden.

Die Stadt und die Gemeinnützige Gelsenkirchener Wohnungsbaugesellschaft (GGW) müssen Modelle entwickeln, wie Mieter Eigentümer werden können. So kann Vermögen in privater Hand geschaffen werden, das vom derzeit niedrigen Zinsniveau begünstigt wird.

Bedarfsgerechte Wohnquartiere mit hoher Lebensqualität

Gelsenkirchen braucht eine konsequente Orientierung der Wohnungsmärkte an den Bedürfnissen der Nachfrager. Es muss auf die Bedürfnisse junger Familien, die günstige sowie qualitative Eigenheime erwerben wollen, sowie die Anforderungen einer alternden Gesellschaft eingegangen werden. Generationen übergreifendes

Wohnen sowie Wohnmöglichkeiten, die selbstbestimmtes Wohnen im Alter ermöglichen, sollen unterstützt werden.

Wohnungsbau in seiner Vielfalt muss durch Bereitstellung von Flächen, auch für den gehobenen Bedarf, ermöglicht werden. Bestehende Quartiere müssen Schritt für Schritt durch die Eigentümer modernisiert und barrierefrei ausgestaltet werden. Bei Bedarf hat die Stadt hierzu erforderliche Hilfestellung zu leisten, wenn barrierefrei modernisiert werden soll.

Aktive Flächenvorratspolitik

Angesichts der Knappheit von Freiflächen muss die Stadt aktive Flächenvorratspolitik betreiben. Daher müssen belastete Flächen aufgearbeitet werden, um sie wieder für Investitionen zur Verfügung zu stellen.

Ein Rückbau von vorhandenen Wohnquartieren, sofern für diese kein Bedarf mehr besteht, ist ein weiteres Instrument, um neue Freiflächen zu erhalten.

Besondere stadtentwicklungspolitische Schwerpunkte sind aus unserer Sicht:

- die Neugestaltung der Zentren, die architektonische und städtebauliche Akzente setzt.
- die Schaffung von Angeboten zum Verweilen sowie Veranstaltungen und Gastronomie zu Belebung der Stadtzentren.
- die Revitalisierung der Bochumer Straße u. a. durch den Neubau des Justizzentrums am "Stadteingangstor-Süd".
- eine Überplanung und Folgenutzung der ehem. Polizeiinspektion-Süd.
- die Folgenutzung der jetzigen Gebäude der Finanzämter und Gerichte im Hinblick auf die Neuerrichtung des Finanzzentrums und des Justizzentrums, z.B. die Gestaltung des Geländes am Amtsgericht Buer mit einer familienfreundlichen Wohnbebauung.

Weitere wichtige Aufgaben sehen wir in:

- dem Erhalt und Ausbau der Nahversorgungssituation in den Gelsenkirchener-Nebenzentren.
- dem Erhalt der arg begrenzten historischen Bausubstanz, die wir schützen und einer zukunftsfähigen Nutzung zuführen wollen.
- der städtebaulichen Aufwertung des Telekom-Geländes bzw. der Hauptpost rund um die Hiberniastraße bzw. Feldhofstraße.
- in der Folgenutzung der Emscherstraße 66 (GaföG-Gebäude) für eine schnelle zukunftsweisende Gewerbenutzung verbunden mit neuen Arbeitsplätzen.
- der Errichtung von "Quartiersgaragen".
- der Beseitigung von Immobilienleerständen.
- dem Umgang mit „Schrottimmobilen“, damit negative Auswirkungen dieser Immobilien auf das Umfeld gering gehalten werden.

Mobilität in der modernen Stadtgesellschaft

Gelsenkirchen ist an das überregionale Straßenverkehrsnetz, sowie über den Kanal und Hafen, erstklassig angeschlossen und grundsätzlich gut erreichbar. Trotz der Neugestaltung des Hauptbahnhofs ist die Anbindung unserer Stadt an das Netz der Bundesbahn verbesserungswürdig.

In der Stadt selbst benötigen wir ein intaktes und leistungsfähiges Straßennetz. Die verkehrliche Infrastruktur ist in Gelsenkirchen in weiten Teilen sanierungsbedürftig. Investitionen in die Infrastruktur sind dringend erforderlich und müssen trotz der schwierigen Finanzsituation ermöglicht werden.

Auch wegen der Lärm- / Feinstaubproblematik sind erhöhte Anforderungen an die Lenkung der Verkehrsströme zu stellen. Das eingerichtete Abbiegegebot von der Kurt-Schumacher-Straße auf die Uferstraße hat sich nicht bewährt. Es ist daher aufzuheben. Moderne Ampelschaltungen mit harmonisierenden Schaltintervallen für den ÖPNV-Vorrang sind erforderlich, um den Verkehrsfluss in Gelsenkirchen zu verbessern. Eine funktionierende „Grüne Welle“ muss das Ziel sein.

Gelsenkirchen lebt vom Verkehr. Derzeit befinden wir uns mitten in einem Umdenkungsprozess, was Fortbewegung im urbanen Raum anbetrifft. Car-sharing, kombinierte ÖPNV- und Fahrradverbindungen werden zukünftig weiter an Bedeutung gewinnen. Wir setzen uns für die Unterstützung von CAR-Sharing-Modellen in Gelsenkirchen und der Metropole Ruhr ein.

Wir setzen uns ausdrücklich für die Instandsetzung und den Ausbau des Radwegenetzes ein.

Eine stärkere Kooperation der Kommunen auf Ruhrgebietsebene zum Schaffen eines leistungsfähigen ÖPNV für die Metropole Ruhr ist geboten. Insbesondere die Erreichbarkeit der Bildungseinrichtungen der Ruhrstadt von Gelsenkirchen aus sowie die Anbindung an das nördliche Ruhrgebiet muss verbessert werden.

Weiterhin setzen wir uns ein, für

- eine Reduzierung des Schilderwaldes im Straßenverkehr.
- den Umbau der Zentralen *Omnibusbahnhöfe in Gelsenkirchen und in Buer*.
- schnellere Straßensanierungen und effektiveres Baustellenmanagement.
- eine verbesserte verkehrliche Anbindung der Westfälischen Hochschule an das vorhandene Straßennetz.
- die Aufwertung des Bahnhofs Buer-Süd.
- die bessere Anbindung Gelsenkirchens an das IC bzw. ICE Netz.
- ein dynamisches Parkleitsystem für die buersche Innenstadt zur Vermeidung unnötiger Parksuchverkehre.
- die Parkgebühren per Handy zu bezahlen.
- die Einrichtung von Haltepunkten für Fernreisebusse.
- Auch die Fertigstellung oder Planung wichtiger Projekte für eine zukunftsorientierte Verkehrsinfrastruktur und somit die Qualität unserer Stadt dürfen wir nicht aus den Augen verlieren. Die Umsetzung des dritten Bauabschnitts der Umfahrung Schaffrath, des dritten Bauabschnitts der Umfahrung Bismarck oder die Verlängerung der Willy-Brandt-Allee in Richtung Beckhausen seien beispielhaft als Projekte genannt, die für die Herstellung einer angemessenen Verkehrsinfrastruktur für Gelsenkirchen umgesetzt werden müssen.

Lebensqualität ausbauen / Umwelt sichern

Saubere Luft, Grün, exzellente Trinkwasserqualität und Strom aus regenerativen Energien sind Punkte, die die Bürgerinnen und Bürger heute zu Recht wichtiger bewerten als in der Vergangenheit. Wir sind stolz, dass wir die wesentlichen Weichen

für die Voraussetzungen für eine "Bürgergesellschaft für Erneuerbare Energien" geschaffen haben, die energetische Sanierung städtischer Gebäude beschleunigen konnten und den Bau der Klimaschutzsiedlung befördert haben. Nicht zuletzt haben wir uns für ein "Integriertes Klimaschutzkonzept" in Gelsenkirchen engagiert.

Zukünftig wollen wir für Gelsenkirchen:

- eine fundierte ökologische Bodensanierung
- durch die Wiederöffnung von "abgepollerten" Bushaltebuchten den Lärm- und Feinstaubbelastungen spürbar senken und die Grenzwertüberschreitungen verringern - auch indem wir Ampelschaltungen optimieren
- Ideen und Planungen aus der Bewerbung zur „Innovation City“ umsetzen
- stärkere Beratung durch die Verwaltung für Einzeleigentümer, um die private energetische Gebäudesanierung voranzubringen
- die Nutzungsmöglichkeiten von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen in die Betrachtung zukünftiger Energieversorgung und –gewinnung einbeziehen
- einen ständig aktualisierten LKW-Routenplan, um unnötige Abgasbelastungen zu verhindern
- keine fragwürdigen Bohrverfahren bei Erdgasprobebohrungen ("Fracking")

Verwaltung muss für die Bürger da sein

Nicht zuletzt wegen rückläufiger Einwohnerzahlen und des demografischen Wandels müssen Verwaltungsabläufe neu organisiert werden. Viele angestammte Verhaltensweisen und Prozesse passen aufgrund der technologischen Entwicklung nicht mehr in die heutige Zeit und können zur Vereinfachung für Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Verwaltung, optimiert werden. Während Bankgeschäfte, Einkauf und Vieles mehr von Zuhause und auf elektronischem Wege erledigt werden können, ist für diverse Verwaltungshandlungen weiterhin ein persönliches Erscheinen nötig, das mobilitätseingeschränkte Menschen genauso vor Hindernisse stellt, wie berufstätige Bürgerinnen und Bürger. Wir setzen uns daher für eine bürgerfreundliche Optimierung ein: Verwaltungsabläufe, die anders als beispielsweise Meldeangelegenheiten, kein persönliches Erscheinen bedürfen, sollen bequem von Zuhause aus online möglich sein. Entwicklungen wie der neue elektronische Personalausweis bieten dafür bereits die technische Basis. Ein reiner Download von Papierformularen mit anschließend persönlicher Abgabe im Amt stellt jedenfalls keine zeitgemäße Nutzung neuer Medien dar! Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Für Angelegenheiten, die nicht online erledigt werden können, setzen wir uns für ein bedarfsgerechtes mobiles Angebot ein.

Verwaltung modernisieren

Wir begreifen die Optimierung von Verwaltungsstrukturen als immer fortwährenden Prozess, der sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientiert. Hierzu sind nach unserer Auffassung die nachfolgenden Aspekte von großer Wichtigkeit:

- Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit
- Vereinfachung von Genehmigungsverfahren(z.B. für Energiesparmaßnahmen und Außenaufzüge)
- Vereinheitlichung der Öffnungszeiten für die Bürgercenter und Samstagsöffnungen

- Konstruktive und verantwortungsvolle Begleitung des Personalkonzepts
- Ausbau kommunaler Dienstleistungen über das Internet (e-government, zum Beispiel durch Schaffung einer Möglichkeit für Online-Kfz-Zulassung)
- Effizientere Aufgabenerledigung im Verbund (mit Nachbarstädten)
- Weitere Entbürokratisierung der Verwaltungsabläufe
- Ausbau eines professionellen Beschwerdemanagements
- Bauakten digitalisieren

Kulturvielfalt erhalten und fördern

Ein attraktives kulturelles Angebot ist ein wichtiger Standortfaktor. Die CDU wird daher stets kulturelle Aufgaben und Initiativen unterstützen, die die Stadt lebenswerter machen und die Identität der Stadtgesellschaft fördern.

In Gelsenkirchen verfügen wir über eine lebhafte Kulturlandschaft, die durch unterschiedliche Kultureinrichtungen und zahlreiche Aktivitäten der freien Kulturszene geprägt werden. Insbesondere zahlreiche ehrenamtlich engagierte Mitbürgerinnen und Mitbürger sichern kulturelle Angebote. Deshalb wollen wir durch die Einstellung von finanziellen Mitteln Vereine und Einrichtungen, sich der Kulturarbeit widmenden, unterstützen und so bessere Voraussetzungen für mehr bürgerschaftliches Engagement schaffen. Wir wollen darüber hinaus die regionale Zusammenarbeit in der Kulturpolitik ausbauen, um weitere Synergien zu entwickeln.

Institutionelle Kultur als Basis

Das Musiktheater im Revier und die Neue Philharmonie Westfalen erfahren große Anerkennung in der gesamten Region und tragen zur Attraktivität unserer Stadt bei. Auch bei einer angespannten Haushaltssituation bleiben sie unverzichtbare Kultureinrichtungen der Stadt.

Mit der Kaue, dem Consol-Theater und der Flora verfügen wir über kulturelle Einrichtungen, die Jugendtheater, Kabarett, Kleinkunst und ein weiteres vielfältiges Kulturprogramm bieten. Diese Angebotsvielfalt muss auch in Zukunft erhalten und abgesichert bleiben. Das kulturelle Angebot wird durch das Kunstmuseum, die Stadtbibliothek und die Musikschule vervollständigt. Die Erweiterung des Kunstmuseums in Buer bleibt nach wie vor eine besondere Aufgabe. Gelsenkirchen muss sich auch auf die Kultur der jungen Generation einlassen. Gerade deshalb muss auch eine Förderung und Unterstützung der jungen Kulturszene stattfinden; seien es junge Musiker, Künstler oder freier Gestaltungsraum für junge Menschen. Einrichtungen wie das Veranstaltungs- und Probenzentrum auf der Zeche Consol sind hier ein erster Schritt und müssen stadtweit als Beispiel für neue Einrichtungen oder Projekte dienen.

Vielfalt durch freie Kultur

Unser Ziel ist es, die Vielfalt der künstlerischen Kreativität in allen Bereichen unserer Stadt zu erhalten. Daher setzen wir uns für eine Verstetigung von Mittelzuweisungen und neue Formen der kommunalen Kulturförderung ein, damit Planungssicherheit für die Kulturschaffenden, Kontinuität der Kulturarbeit und eine verbesserte Bündelung sämtlicher Aktivitäten der freien Kultur gewährleistet werden.

Durch die beschlossene Neuorganisation der vormaligen Künstlersiedlung "Halfmannshof" werden neue Möglichkeiten für eine Kreativwirtschaft begründet, die geeignet sind in den gesamten Stadtteil auszustrahlen.

Kulturpolitik bedeutet, auch in finanziell schwierigen Zeiten, die erfolgreichen Kulturangebote und kulturtreibenden Gemeinschaften, Vereine und Einrichtungen zu fördern. Neben dem finanziellen Engagement durch Zuschüsse und dem Kulturcent gehören hierzu die organisatorische und ideelle Förderung der Kulturschaffenden, insbesondere junger Künstler.

Kunst im öffentlichen Raum

Jüngere Erfahrungen lassen eine größere Transparenz bei der Auswahl von Kunstobjekten für den öffentlichen Raum wünschenswert erscheinen. Hierbei sollte die Verantwortlichkeit für die Auswahl, ebenso wie für die Pflege und Weiterentwicklung, bei kommunalen Gremien liegen.

Neuer Kultur- und Veranstaltungsraum für Buer

Mit dem Musiktheater und dem neuen Hans-Sachs-Haus verfügt die Gelsenkirchener Innenstadt über gute Räume für Konzerte, Kabarett und Kleinkunst sowie Veranstaltungen der Bürgerschaft.

Dringend notwendig ist ein weiterer Veranstaltungsraum für kulturelle Veranstaltungen aller Art im Zentrum von Buer. Eine solche Veranstaltungsstätte, die auch Vereinen und Verbänden offen stehen muss, wäre geeignet, einen wichtigen Kristallisationspunkt im Zentrum von Buer zu bilden. Mit der durch die CDU initiierten Machbarkeitsstudie zur Folgenutzung der Schauburg wurden wesentliche Akzente für die zukünftige Kulturlandschaft in der Stadt gesetzt.

Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit in Gelsenkirchen gewährleisten

Zur Lebensqualität in einer Stadt gehört ein gepflegtes, sauberes und sicheres Erscheinungsbild. Für viele Bewohnerinnen und Bewohner ist fehlende Sauberkeit ein großes Ärgernis, welches die Lebensqualität und Attraktivität einer Stadt mindert. Wachsende Kriminalität – auch bei sogenannten Bagatelldelikten – nehmen die Menschen als Bedrohung und Einschränkung ihrer Freiheit wahr.

Rechtsfreie Angsträume wird die CDU nicht tolerieren. Vielmehr ist die Sicherstellung der objektiven Sicherheit und des subjektiven Sicherheitsgefühls aller Bürger eine elementare Aufgabe der Daseinsfürsorge durch die Stadtverwaltung und Landesbehörden.

Wir stehen für eine Politik,

- die für Null Toleranz bei Verbrechen steht.
- die Ordnungswidrigkeiten und Straftaten konsequent verfolgt.
- die gegen Verharmlosung so genannter Bagatel- oder Kavaliersdelikte ist.

Sicherheitsrat und Sicherheitskonferenz

Die Anbindung eines Sicherheitsrates an den Rat der Stadt gewährleistet, dass erarbeitete Konzepte tatsächlich umgesetzt werden.

Ohne einen breiten gesellschaftlichen Konsens fehlt der Rückhalt für die Umsetzung eines Konzeptes. Dazu dient die Sicherheitskonferenz. Die Einbindung von möglichst vielen gesellschaftlichen Gruppen, Institutionen und Organisationen führt darüber hinaus zu neuen kreativen Denkansätzen.

Sauberkeit

Verwahrlosungstendenzen muss, besonders in vernachlässigten Wohnumfeldern, entgegen gewirkt werden. Deshalb sollte sich der gesamte städtische Außendienst, insbesondere die Politessen, um den Erhalt von Ordnung und Sauberkeit im Straßenbild kümmern.

Um die Verschmutzung durch Hundekot stadtwweit zu vermeiden, ist die Installation von Beutelspendern unverzichtbar. Diese sollten insbesondere an zentralen Stellen und Grünflächen bereitgestellt werden.

Polizei / Kommunalen Ordnungsdienst

Wir setzen uns weiter dafür ein, den kommunalen Ordnungsdienst sowie die Polizei personell weiter aufzustocken. Diese Erweiterung muss für jeden sichtbar sein und den Bürgerinnen und Bürgern Hilfestellung bieten.

Zentrale Hotline/Mobile und stationäre Wachen

Zudem setzen wir uns für eine zentrale Rufnummer ein, an die sich Bürger rund um die Uhr wenden können, um ihre Beobachtungen und Anregungen anzubringen. Ebenso sollten an zentraler Stelle Buer und Gelsenkirchen gemeinsame Wachen von Polizei und Kommunalem Ordnungsdienst errichtet werden.

Höchste Priorität auf Prävention

Für uns hat dabei die Prävention höchste Priorität: Verbrechen durch geeignete Maßnahmen zu verhindern, bevor sie geschehen, ist die beste aller möglichen Optionen. An Schwerpunkten (von Gewalttaten, Drogenhandel, Diebstahl oder Vandalismus) kann es temporär sinnvoll sein, Videoüberwachungsmaßnahmen zur Aufklärung von Straftaten und zur Abschreckung neuerlicher Taten vorzunehmen. Uns ist dabei allerdings klar: Die dadurch verursachte Verdrängung ist nicht die Lösung der Probleme, sondern lediglich ein Kampf gegen die Symptome.

Die langfristige Prävention setzt bei den Menschen an. Dabei müssen wir die Probleme offen und transparent angehen - Wegsehen darf es in Gelsenkirchen nicht länger geben. In Zusammenarbeit aller beteiligten Behörden muss eine zeitnahe und bedarfsorientierte Betreuung der Gefährdungsgruppen erfolgen. Im Bereich der Jugendkriminalität wollen wir beispielsweise stufenweise alle Chancen ausschöpfen um Betroffene so früh wie möglich zu erreichen.

Wir treten dafür ein,

- dass sich alle Bürger/innen „angstfrei“ und sicher in allen Bereichen der Stadt bewegen können.
- dass der städtische Ordnungsdienst personell aufgestockt wird.
- dass Mobilen Wachen in Betrieb genommen werden.
- dass ein Sicherheitskonzept für alle Grünanlage und Friedhöfe erarbeitet wird.
- dass Schmierereien an öffentlichen Gebäuden schnell beseitigt werden.
- dass eine Aufklärungskampagne für mehr Sauberkeit entwickelt wird.